

Gemeinderatssitzung vom 17.12.18

Gestern Abend im Gemeinderat - Desolater Zustand der Schulen und beunruhigende Geschichte einer Baden-Badener Bürgerin - Siebenjährige Tochter musste lange auf Hilfe warten

Baden-Baden, 18.12.2018, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch **Zumindest atmosphärisch passte eine Anfrage von FBB-Stadtrat Heinrich Liesen gestern Abend am besten zum Countdown. Er vermisse «einen schönen Weihnachtsbaum aus dem Schwarzwald» auf der Wiese vor dem Kurhaus, kritisierte er den neuen künstlichen Weihnachtsbaum und auch die in den Kolonnaden aufgeklebten Sterne des sogenannten «Walk of Sports». Was der Stadtrat und ehemalige Arzt der deutschen Fußballnationalmannschaft zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht wusste ist, dass sich zumindest der letztere Kritikpunkt buchstäblich von alleine auflöst, wie eine *goodnews4*-Zufallsbegehung vor den Kolonnaden zeigte.** Der eingesetzte Kleber kann die Sterne wohl doch nicht auf dem Boden halten, die Enden einiger der Sterne beginnen sich an ihren Spitze aufzurollen. Zwei Bürgerinnen meldeten sich gestern bei der öffentlichen Sitzung des Baden-Badener Gemeinderats zu Wort.

Neben dem bald realisierten Vorschlag der Bürgerin Monika Spiegel, die Lichtentaler Allee zwischen Hirtenhäuschen und Klosterplatz am Wochenende tagsüber für den Autoverkehr zu sperren, galt die Aufmerksamkeit bei der Gemeinderatssitzung erneut dem teils desolaten Zustand der Baden-Badener Schulen und der Sanierung der Louis-Lepoix-Schule, die schon am Donnerstag im Bauausschuss ausführlich diskutiert wurde. *goodnews4.de berichtete*. Stadträtin Astrid Sperling-Theis, Grüne, mahnte, nicht zu vergessen, dass alle anderen Schulen in der Innenstadt auch «fit gemacht» werden müssten für die Zukunft. Ausführlicher Bericht im *goodnews4*-Protokoll zur Gemeinderatssitzung von gestern Abend, siehe unten.

Vor den vorbereiteten Tagesordnungspunkten hörten sich die Gemeinderäte aber eine beunruhigende Geschichte der Baden-Badener Bürgerin Bischoff an, die um das Wohlergehen ihrer Tochter bangen musste. Ihre siebenjährige Tochter hatte sich auf der Toilette der Klosterschule in Lichtental eingeschlossen und sie verzweifelt per Handy benachrichtigt. Frau Bischoff wiederum habe dann 25 Minuten lang erfolglos versucht, die Grundschule zu erreichen bis sie dann selbst in die Schule gefahren sei, um ihre Tochter aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Nach einem Gespräch mit der Rektorin sei nun eine Liste mit sieben Telefonnummern an die Eltern verteilt

worden. Bürgermeister Roland Kaiser erklärte, die Stadtverwaltung sei gerade dabei, verschiedene Sicherheitskonzepte für die Stadt zu erarbeiten. Bislang gebe es keine zentrale Nummer für eine bessere Erreichbarkeit der Baden-Badener Schulen, dafür gebe es aber technische Möglichkeiten. Der Bürgermeister wollte das Thema «bilateral» mit der Bürgerin besprechen.

goodnews4-Protokoll zu 49. Sitzung des baden-Badener Gemeinderats am Montag, 17. Dezember 2018:

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Margret Mergen informierte kurz über das Chorprojekt «Carmina Burana – Eine Stadt singt», an dem sich alle Baden-Badener Bürger beteiligen können. Die Schirmherrschaft hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Mehr: www.baden-baden.de.

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Bürgerin Monika Spiegel schlug vor, die Lichtentaler Allee zwischen Hirtenhäuschen und Klosterplatz am Wochenende tagsüber für den Autoverkehr zu sperren. OB Mergen antwortete, dass sie damit «offene Türen» einrenne, da die Verwaltung plane, dies ab dem kommenden Frühjahr umzusetzen.

Bürgerin Bischoff berichtete von einem Zwischenfall, beim sich ihre siebenjährige Tochter auf der Toilette der Klosterschule in Lichtental eingeschlossen hatte und sie verzweifelt per Handy benachrichtigte. Die Mutter habe dann 25 Minuten lang erfolglos versucht, die Grundschule zu erreichen bis sie dann selbst in die Schule gefahren sei, um ihre Tochter aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Nach einem Gespräch mit der Rektorin sei nun eine Liste mit sieben Telefonnummern an die Eltern verteilt worden. Frau Bischoff fragte an, ob es nicht eine generelle Regelung für alle Baden-Badener Schulen, insbesondere die Grundschulen geben sollte. Am RWG habe sie für ihre ältere Tochter die Information erhalten, dass die Schule, wenn ein Kind mehr als 30 Minuten verspätet zum Unterricht erscheine, die Eltern anrufen würde. Sie fragte, ob es keine Regelung generell für alle Grundschulen in Baden-Baden für eine bessere Erreichbarkeit gebe.

Bürgermeister Roland Kaiser pflichtete der Bürgerin bei. Die Stadtverwaltung sei gerade dabei, verschiedene Sicherheitskonzepte für die Stadt zu erarbeiten. Bislang gebe es keine zentrale Nummer für die Baden-Badener Schulen, dafür gebe es aber technische Möglichkeiten. Der Bürgermeister wollte das Thema «bilateral» mit der Bürgerin besprechen.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

Oberbürgermeisterin Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Fortführung und Verstetigung des Kulturagentenprogramms in Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Das Programm «Kulturagenten für kreative Schulen» (Kulturagentenprogramm) läuft im Sommer 2019 nach 4 Jahren Pilot- und 4 Jahren Transferphase aus und soll nun in den beteiligten Kommunen verstetigt werden. Das Land Baden-Württemberg hat der Finanzierung des Programms bis Ende Dezember 2019 zugestimmt unter der Prämisse der Cofinanzierung durch die beteiligten Städte. Die Verwaltung hat vorsorglich Mittel in Höhe von 10.000 Euro für das Jahr 2019 eingestellt und plädiert dafür der Cofinanzierung zuzustimmen. Ab 2020 soll das Programm verstetigt werden, um in Baden-Baden ein Bildungsnetzwerk für kulturelle Kinder-/Jugendbildung aufzubauen. Die Verwaltung sieht hierbei, wie auch der Städtetagsausschuss für Schule, Kultur und Sport, das Land in der Pflicht. Sollte das Land das Programm fortschreiben und dafür Mittel in den Landeshaushalt einstellen, beantragt die Verwaltung, die Cofinanzierung durch die Stadt Baden-Baden fortzusetzen (Kosten rd. 12.000 Euro/Jahr). Sollte das Land sich zurückziehen, beantragt die Verwaltung eine Kulturagentenstelle (80%) bei der Stadt sowie Projektmittel in Höhe von 22.000 Euro bereitzustellen (Gesamtkosten rd. 90.300 Euro/Jahr).*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 5 Markgraf-Ludwig-Gymnasium – Einführung des neuen Profils IMP (Informatik, Mathematik, Physik) ab dem Schuljahr 2019/20

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Das Markgraf-Ludwig-Gymnasium (MLG) hat den Schulträger gebeten, beim Regierungspräsidium Karlsruhe die Genehmigung zur Einrichtung des neuen Profils IMP (Informatik, Mathematik, Physik) ab dem Schuljahr 2019/20 zu beantragen. Neben den Beschlüsse der schulischen Gremien (Gesamtlehrerkonferenz und Schulkonferenz) bedarf es für das Genehmigungsverfahren nach § 30 Schulgesetz eines Antrags des Schulträgers auf Einrichtung des neuen Profils sowie der Durchführung eines Dialog- und Beteiligungsverfahrens im Rahmen der regionalen Schulentwicklung (RSE) und eines Beschlusses des Gemeinderats. Die Gesamtlehrerkonferenz des MLG hat am 07.11.2018 der Einführung zugestimmt, am 26.11.2018 tagt die Schulkonferenz. Das Ergebnis wird in der Sitzung mitgeteilt. Die für das neue IMP-Profil notwendigen räumlichen Kapazitäten und die Ausstattung sind an der Schule vorhanden.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 6 Schulentwicklungsplanung – Konzept über Zügigkeit der Baden-Badener Gymnasien

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Das Markgraf-Ludwig-Gymnasium (MLG) hat den Schulträger gebeten, beim Regierungspräsidium Karlsruhe die Genehmigung zur Einrichtung des neuen Profils IMP (Informatik, Mathematik, Physik) ab dem Schuljahr 2019/20 zu beantragen. Neben den Beschlüsse der schulischen Gremien (Gesamtlehrerkonferenz und Schulkonferenz) bedarf es für das Genehmigungsverfahren nach § 30 Schulgesetz eines Antrags des Schulträgers auf Einrichtung des neuen Profils sowie der Durchführung eines Dialog- und Beteiligungsverfahrens im Rahmen der regionalen Schulentwicklung (RSE) und eines Beschlusses des Gemeinderats. Die Gesamtlehrerkonferenz des MLG hat am 07.11.2018 der Einführung zugestimmt, am 26.11.2018 tagt die Schulkonferenz. Das Ergebnis wird in der Sitzung mitgeteilt. Die für das neue IMP-Profil notwendigen räumlichen Kapazitäten und die Ausstattung sind an der Schule vorhanden.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 7 Grundsatzbeschluss

Sanierung der Louis-Lepoix-Schule Bauteil 3 und 9

Information zur Deckung des Stellplatzbedarfes und Standortvorschlag für den Neubau der Robert-Schuman-Schule und des Richard-Wagner-Gymnasiums

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die ursprünglichen Bestandsgebäude im Schulzentrum West sind rund 40 Jahre alt. Die Gebäude müssen auf Grund der altersbedingten baulichen Mängel sukzessive in den nächsten Jahren saniert werden. Im ersten Schritt sollen die Bauteile 3 und 9 der LouisLepoix-Schule generalsaniert werden. Für die Sanierung sollen Förderanträge nach dem Schulbausanierungsprogramm (letzte Frist bis 31.12.2018) eingereicht werden. Der geschätzte Kostenrahmen beläuft sich ohne Planungsgrundlage auf ca. 6,5 – 7,5 Mio Euro. Zur Durchführung der Generalsanierung müssen die schulischen Nutzungen vorübergehend ausgelagert werden. Die Verwaltung prüft alternativ die temporäre Nutzung der Alten Schule in Steinbach oder die Anmietung von Containern. Im Falle von Containern belaufen sich die Mietkosten auf ca. 500.000,- bis 600.000,- Euro für einen Zeitraum von 2 Jahren. Als Standort für den geplanten Neubau für die Robert-Schuman-Schule und das Richard-Wagner Gymnasium schlägt die Verwaltung die Freifläche zwischen den beiden Schulen unterhalb der Sporthallen vor.*

Stadträtin Astrid Sperling-Theis, Grüne, mahnte, nicht zu vergessen, dass auch die anderen Schulen in der Innenstadt «fit gemacht» werden müssten für die Zukunft.

Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionsvorsitzender, berichtete über eine Diskussion in seiner Fraktion über den Stellplatzbedarf am Schulzentrum West. Dieser würde durch ein neues Schulgebäude noch erhöht. Durch ein geplantes Parkhaus auf dem Schulgelände würde der zusätzliche Verkehr auch zu einer Verschärfung der Situation am Schweigrother Platz führen. Seine Fraktion fordere deshalb eine Quartiersgarage, «die verhindert, dass der letzte Kilometer auch mit dem Auto zurückgelegt werden muss». Hier müsse man «kreativer sein als ein neues Parkhaus».

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Geroldsauer Mühle – 1. Änderung»

a) Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen B-Planes «Geroldsauer Mühle – 1. Änderung»

b) Billigungs- und Offenlagebeschlüsse für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen B-Planes «Geroldsauer Mühle – 1. Änderung»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Ziel des Verfahrens zum vbB «Geroldsauer Mühle – 1. Änderung» ist es, planungsrechtliche Voraussetzungen zum Bau von weiteren 58 Stellplätzen beim Naturparkmarkt und Gasthaus «Geroldsauer Mühle» zu schaffen, da das derzeitige Stellplatzangebot angesichts der großen Besucherresonanz immer noch nicht ausreicht. Von den geplanten 58 zusätzlichen Stellplätzen sollen 49 Stellplätze im südlichen Anschluss an die bestehende Bushaltestelle bei der Geroldsauer Mühle und 9 Stellplätze im Bereich zwischen den Ein- und Ausfahrten der Bushaltestelle entstehen.*

goodnews4.de berichtete.

Stadträtin Ulrike Mitzel, SPD, fragte, ob man von Montag bis Freitag nicht die Ampelregelung an der Geroldsauer Mühle einstellen könnte.

Bürgermeister Kaiser sagte zu, dies beim Regierungspräsidium Karlsruhe anzufragen. Er erklärte auch, dass die Ampel immer auf «Grün» geschaltet sei, wenn es keinen Verkehr gebe.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 9 Städtebauliche Sanierungsverfahren; Übertragung der Restkassenbestände der abgeschlossenen Sanierungsgebiete an die Stadt Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Nach Umstellung auf das Neue kommunale Haushaltsrecht (NKHR) wurde für jedes Sanierungsgebiet ein eigener Mandant in der Finanzsoftware «Newsystem kommunal» sowie ein eigenes Bankkonto bei der Sparkasse Baden-Baden angelegt. Die Bankkonten mussten bestehen, bis alle Buchungen abgeschlossen sind. Zwischenzeitlich wurden alle Buchungen durchgeführt, sodass die Konten nun geschlossen werden können und die übrigen Kassenbestände an die Stadt zurück übertragen werden können. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat jeweils nach abschließender Prüfung per Abrechnungsbescheid die Landesfinanzhilfen zum Zuschuss erklärt. Die Sanierungssatzungen wurden bereits durch den Gemeinderat der Stadt Baden-Baden aufgehoben.*

goodnews4.de berichtete.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 10 Doppelhaushalt 2018/19, Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogrammes

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Gemäß § 85 Abs. 5 GemO und § 7 Abs.2 GemHVO haben Gemeinden mit einem Doppel-Haushalt für das zweite Jahr des Doppel-HH eine Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung sowie des Investitionsprogrammes zu beschließen.*

goodnews4.de berichtete.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 11 Entschuldung des Kernhaushalts der Stadt Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Eigenbetriebe Stadtwerke und Umwelttechnik planen im Rahmen derer Wirtschaftspläne Darlehensaufnahme in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro. Vorgesehen ist, nur jeweils 4,6 bzw. 5,3 Mio. Euro am Kapitalmarkt aufzunehmen und die restlichen Darlehen von jeweils rund 4,7 bzw. 5,4 Mio. Euro von der Stadt zu übertragen. Damit wird sich der Kernhaushalt um insgesamt 10 Mio. entschulden, der Darlehenstand der Stadt beläuft sich dann zum Ende des Jahres noch auf 14 Mio. Euro. Die Tilgung der Darlehen soll entsprechend der Restlaufzeit erfolgen. Die Zinsen sollen zu den Konditionen der Kapitalmarktzinsen übertragen werden, die Stadt trägt die Differenz zu den tatsächlichen Zinsen. Dies erfolgt vor der Zielvorgabe, ausgeglichene Haushaltspläne in den nächsten Jahren anzustreben. Die Zinserwartung der*

Verwaltung sieht mittelfristig keine stark steigenden Kapitalmarktzinsen, so dass in den Folgejahren bei einem Liquiditätsbedarf im Rahmen der dann zur Verfügung stehenden Kreditermächtigung eine Aufnahme möglich wäre.

goodnews4.de berichtete.

Martin Ernst, FBB-Fraktionsvorsitzender, fragte, welchen Sinn und Zweck es habe, die Schulden an die Eigenbetriebe der Stadt zu übertragen.

Stadtkämmerer Thomas Eibel erklärte, dass in den Wirtschaftsplänen der beiden Eigenbetriebe vorgesehen sei, dass beide Unternehmen jeweils 10 Millionen Euro Darlehen aufnehmen. Durch die Übertragung der Darlehen in Höhe von 10 Millionen Euro von der Stadt, müssten nur noch jeweils rund fünf Millionen Euro von den beiden Tochterunternehmen als Darlehen am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Zudem würde der Kernhaushalt der Stadt Baden-Baden um 10 Millionen Euro entschuldet, was sich bei Prüfung durch die Prüfungsbehörde positiv auswirkt, weil diese die einzelnen Sparten anschauen würden.

Der Gemeinderat stimmte bei zwei Nein-Stimmen zu.

TOP 12 Änderung der Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungsteuer (Zweitwohnungssteuersatzung – ZwWStS) der Stadt Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Satzung sieht bisher eine Befreiung von der Zweitwohnungssteuer vor, wenn die Zweitwohnung beruflich genutzt wird. Ein Zweitwohnungssteuer-Schuldner hatte gegen die Heranziehung zur Zweitwohnungssteuer geklagt. Er hatte geltend gemacht, seine Zweitwohnung beruflich zu nutzen und damit einen Anspruch auf Steuerbefreiung zu haben. Da die berufliche Nutzung nur an wenigen Tagen im Jahr gemeinsam mit der Ehefrau stattfindet, wurde eine Steuerbefreiung unter Berufung auf die obergerichtliche Rechtsprechung des VGH Bayern abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat während der anhängigen Klage des Zweitwohnungssteuer-Schuldners diese Rechtsprechung des VGH Bayern aufgehoben (BVerfG Beschluss vom 31.10.2016, 1 BvR 871/13 und 1 BvR 1833/13). Das Verwaltungsgericht hat im Hinblick auf das BVerfG zugunsten des Klägers entschieden, dass der Befreiungstatbestand «berufliche Nutzung» auch dann erfüllt ist, wenn die Ehe- / Lebenspartner die Zweitwohnung gemeinsam und nur sporadisch an wenigen Tagen im Jahr beruflich nutzen. Zur Klarstellung wird die Satzung dahingehend ergänzt, dass die Befreiung aus beruflichen Gründen nur dann erfolgt, wenn die Zweitwohnung nur von einem der Ehe- / Lebenspartner überwiegend beruflich genutzt wird.

goodnews4.de berichtete.

Martin Ernst, FBB, fragte, wieviel Geld die Stadt durch die Zweitwohnungssteuer jährlich einnehme und ob es sein könne, dass jemand 600 Euro jährlich Zweitwohnungssteuer bezahlen müsse.

Stadtkämmerer Thomas Eibl erklärte, dass sich die Höhe der Steuer am Wohnwert der Zweitwohnung orientiere und bei einem hohen Wohnwert eine Steuer in Höhe von 600 Euro möglich sei. Die Einnahmen prognostizierte er auf 1,4 Millionen Euro. FBB-Stadtrat Tilmann Schachtschneider hatte zwischenzeitlich online recherchiert, dass der Steuersatz in Berlin bei 5 Prozent liege und in Baden-Baden mit 35 Prozent sehr hoch sei. Kämmerer Eibl antwortete, dass dies nur die halbe Wahrheit sei, weil die Zweitwohnungssteuer in Baden-Baden gestaffelt sei. 20 Prozent bei einem Mietaufwand bis 2.500 Euro, 27,5 Prozent bei einem Mietaufwand bis 5.000 Euro und 35 Prozent ab einem Mietaufwand ab 5.000 Euro pro Jahr. Tilman Schachtschneider rechnete vor, dass ein jährlicher Mietaufwand von 2.500 Euro eine monatliche Miete von rund 200 Euro bedeute und es in Baden-Baden keine Wohnung für 200 Euro Monatsmiete gebe. Dennoch sei er für die Zweitwohnungssteuer.

Astrid Sperling-Theis, Grüne, berichtete, dass in manchen Fällen eine GmbH gegründet werde, um der Steuer zu entgehen und fragte, ob die Stadt dagegen etwas tun könne. Thomas Eibel antwortete, dass man diese GmbHs «auf dem Schirm» habe und in solchen Fällen einen Nachweis über die berufliche Nutzung fordere.

Beate Böhlen, Grünen-Fraktionsvorsitzende, erinnerte daran, dass die Einführung der Zweitwohnungssteuer auf einen Antrag ihrer Fraktion zurückgehe, um eine Handhabe gegen Leerstände mit «runtergelassenen Rollläden» in der Innenstadt zu haben.

OB Mergen erklärte, dass die Zweitwohnungssteuer ein «probates Mittel» sei, Menschen, die keinen Erstwohnsitz in Baden-Baden haben, an den Kosten für die Infrastruktur zu beteiligen.

Astrid Sperling-Theis fragte auch danach, was die Stadt gegen Vermieter von Ferienwohnen über Airbnb mache, die keine Steuern bezahlen. OB Mergen zeigte sich erfreut über das Urteil des Verwaltungsgerichts München, wonach Airbnb der Stadt München die Daten der Vermieter von Ferienwohnungen preisgeben muss. Das Urteil würde sehr helfen, sei jedoch noch nicht rechtskräftig. Die Stadt wolle im ersten Quartal 2019 einen Vorschlag für ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum vorlegen. [goodnews4.de](https://www.goodnews4.de) berichtete.

Der Gemeinderat stimmte bei zwei Nein-Stimmen zu.

TOP 13 Änderung der Satzung über die Erhebung eines Beitrags zur Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsbeitragsatzung)

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Bisher wurden Gewerbe- und Berufsarten, die nicht in der Anlage zur Satzung aufgeführt sind und sich auch nicht einer der dort aufgeführten Kategorien zuordnen lassen, als «Sonstige» mit einem*

durchschnittlichen Reingewinn- und Vorteilsatz veranlagt. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat entschieden, dass eine derartige Auffangkategorie und die Veranlagung nach einem Durchschnittssatz nicht zulässig ist (VG Karlsruhe, Urteil vom 15.02.2018 – 10 K 579/16). Die Anlage wird daher um einige Gewerbe- und Berufsarten ergänzt, die bisher als «Sonstige» veranlagt wurden. Die Änderung wird außerdem zum Anlass für einige Klarstellungen genommen.

goodnews4.de berichtete.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 14 Anfragen aus dem Gemeinderat

Stadträtin Ingrid Kath, CDU, berichtete, dass sich in der Weststadt hartnäckig das Gerücht halte, dass dort auf öffentlichen Parkplätzen Taxiplätze eingerichtet werden sollen. Maximilian Lipp, Leiter Fachbereich Ordnung und Sicherheit der Stadt Baden-Baden, berichtete, dass man seit einem Jahr bereits im Gespräch mit den Taxiunternehmen sei, wo in der Weststadt die Möglichkeit besteht, Taxistellplätze einzurichten. Man wolle aber «keinesfalls Stellplätze wegfallen lassen» und die Parkplatzsituation nicht verschärfen. Es sei noch nichts beschlossen.

Martin Ernst fragte nach der Bezahlung von Tagesmüttern. Das Land Baden-Württemberg will die Stundensätze für Tagesmütter je Kind um einen Euro erhöhen. Die Kosten dafür teilen sich das Land und die Kommunen. Bürgermeister Kaiser antwortete, dass er eine Erhöhung der Stundensätze im nächsten Doppelhaushalt vorsehen will. Die Situation der Kindertagesbetreuung in Baden-Baden sei angespannt, durch Tagesmütter könne man schneller und mit weniger Geld etwas dagegen tun, denn man müsse nicht drei oder vier Jahre warten bis eine Kindertagesstätte gebaut sei. Tagesmütter seien allerdings schwer zu finden, ein finanzieller Anreiz könnte dabei helfen.

Dann griff Martin Ernst die CDU-Fraktion an und warf dem Rathaus, das zur Neutralität verpflichtet sei, Wahlkampfunterstützung vor. Hintergrund ist die am vergangenen Donnerstag im Bauausschuss beschlossene Erweiterung des Bebauungsplans «Jagdhausstraße», die auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückging. Martin Ernst berichtete, dass der voeliegende Antrag von CDU-Stadtrat Hansjürgen Schnurr mit dem Datum 19. November 2018 gekennzeichnet sei und der Beschlussvorschlag der Verwaltung das Datum 16. November 2018 trage. Dies rieche «ein bisschen sehr nach Wahlkampfunterstützung aus dem Rathaus». Empört wehrte sich CDU-Fraktionsvorsitzender Ansgar Gernsbeck. Die Vorwürfe seien «traurig und beschämend». Bereits am 8. Oktober habe ein Termin der CDU-Fraktion mit Anwohnern der Jagdhausstraße stattgefunden, am 24. Oktober sei der Beschluss der Fraktion gefasst worden, den Antrag zu stellen und am 29. Oktober habe Hansjürgen

Schnurr den Antrag gestellt. Erster Bürgermeister Uhlig erklärte, dass das Datum in der Datei des Antrags nicht «fest eingedruckt» gewesen sei und sich beim Öffnen der Datei automatisch aktualisiere. Der Antrag der CDU sei am 30. Oktober eingegangen. *goodnews4.de berichtete am 31. Oktober 2018*. Die Verwaltung «verhält sich neutral, hat sich neutral verhalten und wird sich neutral verhalten», so Alexander Uhlig.

Stadtrat Heinz Gehri, Freie Wähler, fragte nach den Plänen der Verwaltung, in Oos in der Ooser Hauptstraße und Bahnhofstraße Parkgebühren einzuführen. OB Mergen erklärte, man habe das Thema Parkraumbewirtschaftung auf die Agenda genommen und prüfe alle Standorte mit hohem Parkdruck. Der Einzelhandel sei auf Parkplätze angewiesen, die den Kunden kurzfristig zur Verfügung stehen, und nannte als mögliche Lösung die sogenannte «Brötchentaste», die kostenloses Parken für die erste halbe Stunde ermögliche. Ziel sei ein faires und pragmatisches System. Ein Vorschlag dafür soll im Februar folgen.

Ursula Opitz berichtete von Beschwerden über die Dauer des Christkindelsmarktes bis zum 6. Januar, die auch zu einer Verlängerung der Störungen und Behinderungen im Verkehr führe. OB Mergen erklärte, dass dies ein Anliegen der Hotellerie und Gastronomie gewesen sei und der Christkindelsmarkt in den vergangenen Jahren zu einer Steigerung der Gästeübernachtungen im Dezember geführt habe. Man wolle die neue Dauer zwei Jahre lang testen und die Resonanz bewerten.

Heinrich Liesen vermisst «einen schönen Weihnachtsbaum aus dem Schwarzwald» auf der Wiese vor dem Kurhaus und kritisierte den neuen künstlichen Weihnachtsbaum und auch die in den Kolonnaden aufgeklebten Sterne des sogenannten «Walk of Sports». OB Mergen begründete die Entscheidung für einen künstlichen Baum mit der Statik der unter der Rasenfläche liegenden Tiefgarage. Ein echter Baum sei zu schwer. Die Sportler der Veranstaltung «Sportler des Jahres» seien am Sonntag sehr begeistert gewesen von den Sternen in den Kolonnaden, besonders Angelique Kerber. Ob diese dauerhaft dort angebracht werden, werde derzeit mit dem Denkmalschutz geklärt und dann müsse auch geprüft werden, was die Sterne bei einer dauerhaften Lösung kosten und wer diese bezahlen würde.